

BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER NOVEMBER 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax. 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der November beginnt mit Allerheiligen, einem Tag des Gedenkens und der Besinnung. Er lädt uns ein, innezuhalten, uns an Menschen zu erinnern, die uns geprägt haben, und darüber nachzudenken, was unsere Gesellschaft ausmacht: Mitgefühl, Solidarität und Zusammenhalt.

Der 9. November erinnert uns an die widersprüchliche Geschichte unseres Landes: an die Reichspogromnacht, an die Verfolgung jüdischer Mitbürger und an den Fall der Berliner Mauer. Dieser Tag mahnt uns, Freiheit und Demokratie nie als selbstverständlich anzusehen. Erinnern bedeutet auch, Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen: Nach dem Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt stellt sich mehr denn je die Frage, wie demokratische Parteien unsere Grundwerte schützen. Das angekündigte Wahl-Verhalten der CDU bei der Ministerpräsidentenwahl im Dezember zeigt, wie schwierig die Abgrenzung zur AfD geworden ist. Auch die Debatte über ein Verbotsverfahren muss deshalb sachlich, rechtsstaatlich und konsequent geführt werden.

Zugleich beschäftigen uns soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und sichere Arbeitsplätze. Denn Demokratie lebt nicht allein von politischen Versprechen, sondern auch davon, dass Menschen faire Chancen und verlässliche Perspektiven haben. Der November ist somit mehr als ein Monat des Gedenkens. Er ist ein Auftrag, Haltung zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam an einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu arbeiten.

Herzliche Grüße, Ihr/Dein Bernd Rützel

3 

Die Rente ist sicher!

5 
Pflegereform

6 
Nicht leise sein!

11 
doudrü g´hört geredt

KLARTEXT

DIE JUGEND PROTESTIERT ZU RECHT



Die Bilder von den Protesten in Frankreich bewegen uns. Jugendliche demonstrieren für ihre berechtigten Anliegen, doch immer wieder kommt es zu Gewalt, die Polizei schlägt mit voller Härte zurück. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die jungen Menschen protestieren zurecht gegen Missstände, die ihre Zukunft gefährden. Nun schwappt diese Protestwelle nach Deutschland über. Statt sich inhaltlich mit den Sorgen der Jugendlichen auseinanderzusetzen, fordern Politiker der Union bereits präventive Verbote, bevor überhaupt die erste Demonstration bei uns stattgefunden hat. Das ist falsch.

In einem Rechtsstaat hat jede und jeder das Recht, friedlich auf die Straße zu gehen. Das ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Dieses Recht darf nicht vorsorglich beschnitten werden. Die Anliegen der Jugendlichen sind real und drängend: Marode Schulen, massiver Lehrermangel und Unterrichtsausfall als Dauerzustand. Hinzu kommen Existenzängste nach dem Schulabschluss. Es gibt viele und gute Gründe, warum die junge Generation protestiert.

Klar ist auch: Ein Protest darf kein Freifahrtschein für Zerstörung sein. Es gibt Grund zur Sorge, dass Einzelne die Demonstrationen kapern. Dabei sind es die jungen Menschen selbst, die als Letzte Gewalt wollen. Zerstörung liegt überhaupt nicht in ihrem Interesse, denn sie überschattet ihre Forderungen. Sie wissen: Sobald Steine fliegen, geht die inhaltliche Debatte unter.

Wenn einzelne Gewalttäter die Proteste unterwandern, muss klar bleiben, dass wir ein Rechtstaat sind. Die Reaktionen der Polizei müssen verhältnismäßig und angemessen sein. Und wir sollten uns auf die Anliegen der jungen Generation konzentrieren, nicht auf Einzelne, die diese Anliegen ins falsche Licht rücken.

Das schulden wir den jungen Menschen.

ZAHL DES MONATS

14

Monate Elterngeld sollen bleiben. Harte Verhandlungen waren das im Vorfeld, bevor nun das Bundesfamilienministerium diesen Vorschlag vorgelegt hat. Gut so. Bisher muss jedes Elternteil mindestens zwei Monate Elterngeld beziehen, damit ein Paar die volle Dauer ausschöpfen kann. Das wird künftig geändert. Für jedes Elternteil sind vier Monate reserviert, sechs Monate können nach Belieben aufgeteilt werden. Auch sollen die Sätze teilweise sogar steigen: Der Mindestsatz soll von bislang 300 auf 330 Euro steigen, der Höchstsatz von 1.800 auf 1.900 Euro, wie das CDU-geführte Familienministerium mitteilte. Auch das ein gutes Zeichen.

Was ebenfalls gut ist, gerade in Sachen Gleichberechtigung: Insbesondere Väter sind nun mehr gefordert als bisher, aktiv Verantwortung zu übernehmen. Denn nur wenn auch sie mehr tun, gibt es mehr Geld und höhere Sätze.


canva

KINDER FÖRDERN

MEHR GELD FÜR DIE KITAS

Mit der ersten Lesung des Kita-Startchancen-Qualitätsentwicklungs-Gesetzes setzen wir ein starkes Signal für mehr Bildungsgerechtigkeit. Nach dem Gute-Kita-Gesetz von 2019 und dem Kita-Qualitätsgesetz von 2023 investieren wir erneut in die Zukunft unserer Kinder (obwohl der Bund hierfür eigentlich nicht zuständig ist, sondern die Länder!): 9,25 Mrd. Euro stellt der Bund in den kommenden acht Jahren bereit, um die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter zu verbessern.

Der Bildungsweg eines Kindes beginnt nicht mit der Einschulung, sondern in der Kita. Dort werden die Grundlagen für erfolgreiches Lernen, gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben gelegt. Sprache, Motorik sowie soziale und emotionale Kompetenzen entwickeln sich in den ersten Lebensjahren besonders. Deshalb ist frühkindliche Bildung eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen unseres Landes. Wir richten zusätzliche Unterstützung dorthin, wo sie am dringendsten gebraucht wird: in Kitas, die viele Kinder in herausfordernden Lebenslagen begleiten. Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere die sprachliche Bildung stärken, Kita-Sozialarbeit ausbauen und gezielte Förderangebote ermöglichen.

Die Rente ist sicher!

Keine Panik! Wir haben die Rente im Griff.

Wir sichern das Rentenniveau doppelt:

- Mit dem Rentenstabilisierungsgesetz bis 2031 bei mindestens 48 Prozent.
- Mit der neuen Kapitalrente als Teil der geplanten Rentenreform setzen wir noch etwas drauf.

Die Rente bleibt also verlässlich. Sichere Rente heute, sichere Rente morgen. Und auch kein Grund zur Eile. Bei den Reformen geht es um Sorgfalt und Verlässlichkeit, nicht um Schnelligkeit. Klartext dazu in meinem Video. Einfach **HIER** klicken und anschauen:




canva

STEUERREFORM

FAMILIEN PROFITIEREN

Wer arbeitet und Kinder großzieht, braucht mehr finanziellen Spielraum. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion mit der Einkommensteuerreform 2027 ein. Anfang Oktober hat der Bundestag den Gesetzentwurf erstmals beraten. Kleine und mittlere Einkommen werden entlastet, eine Familie mit zwei Kindern und zwei mittleren Einkommen hat durch die Reform 600 Euro im Jahr mehr auf dem Konto.

Vorgesehen sind höhere Grund- und Kinderfreibeträge, ein höheres Kindergeld und ein angehobener Arbeitnehmerpauschbetrag. Damit sollen Beschäftigte mehr von ihrem Einkommen behalten und Familien im Alltag entlastet werden.

Zu einer gerechten Steuerpolitik gehört auch, dass sehr hohe Einkommen stärker Verantwortung übernehmen. Dafür sieht der Entwurf Anpassungen bei der Reichensteuer und einen zusätzlichen Superreichensteuersatz vor. Mehr war mit CDU/CSU nicht möglich. Der Gesetzentwurf setzt die Vereinbarungen des Koalitionsausschusses vom Juli 2026 um. Nach der ersten Lesung wird er nun im Finanzausschuss weiter beraten. Für uns ist entscheidend: Die Entlastungen müssen bei Beschäftigten und Familien spürbar ankommen.

KALENDERBLATT



GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Vor 60 Jahren begann ein politisches Experiment: Am 26. November 1966 wurde die erste Große Koalition auf Bundesebene besiegelt, der Koalitionsvertrag unterschrieben. CDU/CSU und SPD, lange politische Gegner, regierten nun gemeinsam. Kurt Georg Kiesinger wurde Kanzler, Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister. Für die SPD war dieser Schritt neu, man musste plötzlich schmerzhafte Kompromisse schließen, ohne die eigenen Überzeugungen aufzugeben. Die Koalition brachte wichtige Reformen auf den Weg, doch ihre gewaltige Mehrheit hatte auch eine Kehrseite: Die Opposition war schwach. Das weckte Sorgen um demokratische Kontrolle und Bürgerrechte.

Gerade darin liegt eine Lehre für heute: Demokratie braucht Parteien, die über politische Grenzen hinweg Verantwortung übernehmen, wenn ihre Grundwerte auf dem Spiel stehen. Streit gehört zur Demokratie. Aber wenn Menschenwürde, Rechtsstaat und Freiheit angegriffen werden, darf das Trennende nicht wichtiger sein als das gemeinsame Einstehen für unsere demokratische Ordnung. Daran sollten wir uns auch 60 Jahre später halten.

1969 endete dieses Experiment: Willy Brandt bildete mit der FDP eine neue Bundesregierung. Damals ging es noch gut aus für unser Land.


canva

PFLEGEREFORM

GERECHT MUSS ES SEIN

Die Pflegeversicherung soll langfristig sicher und gerecht finanziert werden. Dafür ist es wichtig, dass auch die Unterschiede zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung betrachtet werden. Denn Pflege kann jeden treffen und die Kosten dafür sollten fair verteilt werden. Das ist uns als SPD-Fraktion im Reformprozess besonders wichtig. Denn es bedeutet auch: Nicht die gesetzlich Versicherten alleine sollten das System stützen, auch und gerade die Privatversicherten. Bislang sträubte sich die CDU/CSU dagegen, doch nun kommt endlich Bewegung in die Sache:

Die Einsetzung der Pflegestrukturkommission durch die Bundesregierung ist ein wichtiger Erfolg der SPD und ein starkes Signal für die Zukunft unserer Pflegeversicherung. Wir bringen damit eine grundlegende Strukturreform auf den Weg, die finanzielle Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Besonders freut mich, dass wir eine zentrale sozialdemokratische Forderung im Reformprozess verankern konnten: Die Strukturkommission wird sich ausdrücklich mit verfassungskonformen sozialen Ausgleichsmechanismen zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung befassen. Dafür haben wir uns mit großer Überzeugung eingesetzt. Denn die Frage, wie wir die finanziellen Lasten der Pflege gerechter verteilen, gehört ins Zentrum jeder nachhaltigen Reform.

Für uns ist klar: Pflegebedürftigkeit ist ein gemeinsames Lebensrisiko. Solidarität darf deshalb nicht am Versicherungsstatus enden. Wenn sich höhere Pflegerisiken überwiegend in der sozialen Pflegeversicherung konzentrieren, während die private Pflegeversicherung von einer günstigeren Risikostruktur profitiert, müssen wir diese strukturelle Ungleichheit entschlossen angehen.

MEINE RENTEN-REDEN IM OKTOBER

Auch im Oktober stand ich im Plenum des Deutschen Bundestages am Redepult und sprach über eines meiner Lieblings-Themen, die Rente.

HIER geht es zum Video, in dem ich am 9. Oktober kurz zum Thema “Keine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze” spreche.

Und **HIER** kann man sich das Video meiner Rede vom 8. Oktober anschauen, in der ich um Vertrauen in die Sozialversicherung werbe und die Unabhängigkeit der Deutschen Rentenversicherung hervorhebe.





Jonas Dallner

NICHT LEISE SEIN

WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Es gibt Tage, an denen es nicht reicht, im Sitzungssaal zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Die Wahl des AfD-Politikers Tobias Rausch zum Landtagspräsidenten in Sachsen-Anhalt war ein solcher Tag. Am Abend des 06.10. entschlossen sich die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion deshalb spontan, gemeinsam auf die Straße zu gehen. Vom Bundestag führte unser Weg mit dem Grundgesetz in der Hand durch das Brandenburger Tor zum Bebelplatz.

„Wir haben die verdammte Pflicht, in Zeiten, wo Demokratie wieder unter Druck steht, Flagge zu zeigen“, sagte unser Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch. Seine Worte waren eine Mahnung, sich an das Erstarken rechtsextremer Kräfte niemals zu gewöhnen: „Das muss uns alle alarmieren. Das muss bedeuten, dass wir niemals zur Tagesordnung übergehen.“


Jonas Dallner

Auf dem Bebelplatz, wo die Nationalsozialisten 1933 Bücher verbrannten, wird diese Verantwortung besonders deutlich. Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Sie brauchen Menschen, die für sie einstehen. Oder, wie Miersch es formulierte:

„Demokratien sterben nicht schnell. Sie sterben langsam, weil viele zu leise sind.“

Die Fraktion richtete ihr Zeichen auch an all jene, die sich Tag für Tag gegen Hass und Einschüchterung stellen – in Schulen, Vereinen, am Arbeitsplatz oder in ihrer Nachbarschaft. „Wir sind an eurer Seite. Wir kämpfen mit euch für Freiheit und Gerechtigkeit.“

Zum Abschluss fand auch Boris Pistorius eindringliche Worte. Der Verteidigungsminister sprach von Wut und Enttäuschung darüber, dass demokratische Abgeordnete einem Rechtsextremen in dieses Amt verholfen hätten. Dann stimmte er die Nationalhymne an – verbunden mit dem Appell, die Symbole unserer Demokratie nicht der politischen Rechten zu überlassen. Ein gemeinsames Zeichen auf einem Platz, der an den Verlust der Freiheit erinnert. Und ein Versprechen: Wir stehen für diese Demokratie ein. Wir werden nicht leise.

Aus Haltung muss Handeln werden

Am selben Tag beschloss die Fraktion ein Positionspapier, um den Rechtsstaat gegen autoritäre Angriffe zu wappnen, Grundrechte zu sichern und demokratische Teilhabe zu stärken: Lehrkräfte sollen Rückhalt erhalten, wenn sie demokratische Werte verteidigen. Es darf kein falsch verstandenes Neutralitätsgebot geben. Und genau das können wir gesetzlich regeln. Auch die Justiz soll besser vor politischer Einflussnahme geschützt werden. Weisungen an Staatsanwaltschaften sollen künftig schriftlich erfolgen und nachvollziehbar sein. Der Anspruch ist klar: Diese Demokratie ist wehrhaft, und wir sind ein Teil dieser wehrhaften Demokratie: **HIER** nachlesen!


canva

STEUERBETRUG

FINANZKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Finanzkriminalität ist kein Vergehen ohne Opfer: Wo Steuern hinterzogen und kriminelle Gewinne gewaschen werden, fehlen dem Gemeinwesen Mittel für Schulen, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Zugleich stärkt das Geld kriminelle Netzwerke. Deshalb braucht der Rechtsstaat Behörden, die illegale Finanzströme aufdecken und konsequent verfolgen können. Mit dem Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz soll der Zoll nun dafür wirksamere Instrumente erhalten. Im Mittelpunkt steht das Prinzip, dem Geld zu folgen: Ermittlungen sollen kriminelle Vermögen aufspüren, ihre Herkunft aufklären und verhindern, dass Täter ihre Gewinne behalten. Dafür sind spezialisierte Ermittlungseinheiten und stärkere Befugnisse gegen internationale Geldwäsche vorgesehen. Das alles sind wichtige Schritte für mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Wer ehrlich arbeitet und Steuern zahlt, muss darauf vertrauen können, dass auch gegen diejenigen entschlossen vorgegangen wird, die sich den gemeinsamen Regeln entziehen. Zur Reform gehören daher auch moderne digitale Instrumente. KI soll die Ermittlungsarbeit unterstützen, der Zoll wird neu aufgestellt und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert.

TOP ▲ ▼ FLOP

DES MONATS

TOP: VEREINSHEIM 2.0

Der scheidende DFB-Geschäftsführer Andreas Rettig hat in einem Podcast eine tolle Idee geäußert: Vereinsheime zu Treffpunkten im Ort auszubauen, als Orte der Begegnung und der Demokratie. Sie sind mehr als die “Herzkammer des Vereinslebens”, könnten noch mehr als bisher schon Menschen unterschiedlichster Herkunft und sozialer Stellung zusammen bringen. Allerdings müssen über 11.000 Vereinsheime in den nächsten Jahren saniert werden. Eine Aufgabe, die uns alle angeht.

FLOP: SPORT-PARTEI

Rettig sprach im gleichen Podcast darüber, dass Deutschland eine eigene Sport-Partei bräuchte. Eine solche Partei soll dem Sport mehr Gewicht, eine lautere Stimme und eine stärkere Präsenz in der Politik verschaffen. Super. Kommt dann demnächst auch eine Raucher-Partei, eine Autofahrer-Partei (upps, die gibt es ja tatsächlich schon), eine Brieftaubenzüchter-Partei und was auch immer noch? Und was mache ich dann, wenn ich Fußball spiele, ein Auto fahre und Brieftauben züchte? Ich finde: So ein Vorschlag ist weltfremd und schadet dem Sport mehr, als er nützen würde.

BERLIN

ISRAEL-AUSSTELLUNG

Eine sehr eindrückliche Ausstellung ist seit dem 7. Oktober im Paul-Löbe-Haus zu sehen: „Israel 733:02:35“ dokumentiert die Folgen des Terrorangriffs der Hamas auf das Kibbuzim Be'eri und Nir Oz sowie das Nova-Festival in Israel am 7.10.2023. Bei der Eröffnung habe ich mit Fotograf und Ausstellungsmacher Christian Weiß aus Würzburg gesprochen. Es ist ein Ausstellungsprojekt entstanden, das sich mit den Folgen dieses Tages und den Menschen auseinandersetzt, deren Leben unwiderruflich verändert wurde. Präsentiert wird die Ausstellung von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, AG Würzburg.

Warum „Israel 733:02:35“? 733 Tage, 2 Stunden und 35 Minuten lagen zwischen dem Morgen des 7. Oktober 2023 und dem Abkommen zur Freilassung der letzten Geiseln im Oktober 2025. Noch bis 6. November 2026 kann die Ausstellung besucht werden. Eintritt frei. Anmeldung erforderlich. Alle Infos **HIER**.



Büro Rützel

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Seit einiger Zeit bin ich nun auch in der Arbeitsgruppe "Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" der SPD-Fraktion aktiv. Warum? Das liegt auf der Hand: Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion war ich ab 2020 an der Ausarbeitung des deutschen Lieferkettengesetzes beteiligt. Aktuell geht es darum, dass die EU-Mitgliedsstaaten die Vorgaben des europäischen Lieferkettengesetzes (CSDDD) bis Juli 2028 in nationales Recht umsetzen. Darüber, wie die Konservativen mit Stimmen rechtsextremer Parteien das Rad zurückdrehen wollen, habe ich berichtet. Wir stemmen uns dagegen - und suchen den Austausch. Mit Lisa Pitz vom European Center for Constitutional and Human Rights e.V. >>>

ZITAT DES MONATS

“Es gibt eine Zeit für die Arbeit. Und es gibt eine Zeit für die Liebe. Mehr Zeit hat man nicht.”

Coco Chanel
französische Modeschöpferin
& Unternehmerin (1883- 1971)

(ECCHR) haben wir zuletzt darüber gesprochen - und auch über die Durchsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Für uns ist klar: Das BAFA muss gestärkt und die personelle Ausdünnung rückgängig gemacht werden. Die Arbeitsfähigkeit des BAFA muss gesichert sein. Im Bild mit Mitgliedern unserer AG: Sanae Abdi, Karl Lauterbach, Martin Rabanus, Lisa Pitz und Bärbel Kofler. Passend hierzu gab es im September eine Veranstaltung zum Lieferkettengesetz in meinem Gemündener Büro. Den Nachbericht gibt es ein paar Seiten weiter in der Rubrik “Vor Ort”.



Büro Rützel

NEUER MINISTER

Ein erstes Bild (rechts) mit unserem neuen Bundesminister für Arbeit und Soziales, Alexander Schweitzer. Als ehemaliger Arbeits- und Sozialminister sowie Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz bringt er alles mit, um auf diesem schweren Feld in Berlin erfolgreich zu sein. Als amtierender Vorsitzender des dazugehörigen Ausschusses werde ich künftig sehr viel mit “dem Neuen” zu tun haben. Und natürlich auch weiterhin mit seinen beiden erfahrenen Parlamentarischen Staatssekretärinnen Kerstin Griese und Katja Mast. Glück auf und auf gute Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen in unserem Land.



Ich bedauere den Rücktritt von Bärbel Bas sehr. Die Umstände sind tragisch und ich wünsche ihr viel Kraft. Umso unanständiger habe ich die Angriffe aus Teilen der Union aber auch eine Kampagne gewisser Medien in den vergangenen Wochen empfunden. Der Trauerfall in der Familie von Bärbel Bas war bekannt, trotzdem wurde sie angegriffen. So etwas gehört sich nicht. Alexander Schweitzer schätze ich sehr. Wir werden gut zusammenarbeiten. Kurz nach dem Rücktritt war ich beim Bayern2 Tagesgespräch live zugeschaltet (nach ca. 20 Min.) **HIER** kann man in der Mediathek die Sendung (Foto oben) nochmal anhören.



Bernd Rützel

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

„Zusammen stark für gute Arbeit“ – unter diesem Motto hat die SPD-Bundestagsfraktion nun schon zum 39. Mal Betriebsräte, Personalvertretungen und Schwerbehindertenvertretungen aus ganz Deutschland in den Deutschen Bundestag eingeladen. Wie gute Arbeitsbedingungen sichern, Mitbestimmung stärken und die Arbeitswelt der Zukunft im Sinne der Beschäftigten gestalten? Darüber haben wir diskutiert und uns ausgetauscht. Deutlich wurde dabei wieder: Betriebsräte, Personalvertretungen und Schwerbehindertenvertretungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für gute Arbeit, faire Chancen und starke demokratische Strukturen in der Arbeitswelt. Gleichzeitig stehen sie in Zeiten von drohendem Arbeitsplatzabbau unter großem Druck. Der Appell an die Politik war daher immer wieder: Lasst uns in den Betrieben und Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen regeln. Dafür braucht es mehr Mitbestimmungsrechte – kein Einreißen erkämpfter Standards. Auf meine Einladung brachten auch fünf Arbeitnehmervertreter aus der Region ihre Praxiserfahrungen direkt in die Bundespolitik ein: Robin Roder (Jobcenter Karlstadt), Holger Miksch (DB InfraGO AG), Andreas Burgis (Kliniken Sozialstiftung Bamberg), Thomas Scheb (DB AG DB JobService) und Yves Weinberger (Brose Würzburg).



SPD-Bundestagsfraktion

PRAKTIKUM IN GEMÜNDEN UND BERLIN

Drei Wochen schnupperte die 27-jährige Studentin Emma Janßen aus Eußenheim über die Sommermonate in die Arbeit meines Teams im Wahlkreisbüro in Gemünden und im Abgeordnetenbüro in Berlin. Hier ist Emmas Bericht (gekürzt, komplett **HIER** online lesen):

„Berlin. Zentrum unserer Demokratie. Und so hatte die Juli-Woche in Berlin, in der ich Bernd begleiten durfte, jede Menge spannende Ereignisse zu bieten: Teilnahme an der Sitzung des Ausschuss Arbeit und Soziales, beim Austausch über die Rentenreform in der niederländischen Botschaft, an Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages, am Gespräch mit Schulgruppen und vieles mehr. Dabei durfte ich auch direkt mit anpacken, z.B. Fotos machen, in der Vorbereitung einzelner Programmpunkte unterstützen und Schreiben entwerfen.

Für mich hat die Arbeit im Wahlkreisbüro gleichzeitig bedeutet, dass ich viel Neues über Main-Spessart und Miltenberg erfahren durfte – und das obwohl ich selbst in Main-Spessart daheim bin. Das insgesamt drei Wochen umfassende Praktikum war ein großer Gewinn für mich.”



Büro Rützel

VOR ORT

„DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT“ ZUM LIEFERKETTENGESETZ

Im September habe ich im Rahmen meiner Gesprächsreihe „doudrü g'hört geredt“ mit Vertretern der Weltläden der Region und Interessierten über das Lieferkettengesetz gesprochen. Als Berichterstatter der SPD-Fraktion war ich ab 2020 an der Ausarbeitung des deutschen Lieferkettengesetzes beteiligt und bin heute noch stolz auf das Erreichte.

Während unser Lieferkettengesetz seit 2023 gilt und inzwischen Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten verpflichtet, menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten wahrzunehmen, beobachte ich die Entwicklung in Europa mit Sorge. Dort hat die konservative Europaparlamentsfraktion um CDU und CSU mit Stimmen rechtsextremer Parteien das Rad zurückgedreht und wesentliche Einschnitte beim Schutzniveau erreicht.

Das trifft Millionen Menschen und ihre Arbeitsbedingungen. Und damit ist für mich die Diskussion darüber, wo die Grenze zwischen notwendiger Vereinfachung und einer Aushöhlung verbindlicher Standards verläuft, längst nicht abgeschlossen. **HIER** geht's zum ausführlichen Bericht über die tolle Veranstaltung in meinem Gemündener Büro.



Büro Rützel

JOBCENTER WÜRZBURG



Büro Rützel

Zuletzt war ich wieder einmal beim Jobcenter Würzburg zum Austausch-Termin - diesmal mit der stellvertretenden Leiterin Friederike Sell. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen, denn Frau Sell ist erst seit etwas mehr als einem Jahr im Jobcenter Würzburg tätig, hatten wir eine ganze Bandbreite an Themen zu besprechen. Unter anderem ging's darum: Die zielgerichtete Vermittlung in Arbeit - sprich das "Matching" - ist eines der größten Themen. Mangelnde oder fehlende Sprachkenntnisse und gesundheitliche Einschränkungen sind die größten Hemmnisse. Die Sanktionsmöglichkeiten mit der "neuen Grundsicherung" finden Anwendung. Die Abläufe befinden sich aber ganz allgemein noch in der Anpassungsphase. Der Ton von Kunden gegenüber Mitarbeitenden wird rauer und spiegelt damit die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Für die Betroffenen bedeutet das eine erhöhte psychische Belastung und zusätzliche Arbeit durch eine Zunahme an Beschwerden. Einig waren wir uns: Neue Schnittstellen, die durch eine empfohlene und mögliche Neusystematisierung der Sozialleistungen im Rahmen der Sozialstaatsreform entstehen, müssen gut gehändelt werden und dürfen nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Vielen Dank für die Impulse und den guten Austausch.

KREISPARTEITAG MSP

Unterhaken, Danke sagen, Klartext sprechen und weitermachen: So kann man den Parteitag des SPD-Kreisverbands Main-Spessart gut zusammenfassen. Herzlichen Glückwunsch an Pamela Nembach und Marc Nötscher zu 100 % Zustimmung als Vorsitzende. Im Grußwort bin ich auf alle aktuellen politischen Themen eingegangen: Von Sachsen-Anhalt über die Transformation unserer Wirtschaft und der Stärkung unserer Betriebsräte bis zur Rente. Der große Zuspruch hat mir gezeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg und stehen zusammen.



SPD MSP

HERBSTMARKT GEMÜNDEN

Wie immer war unser traditioneller SPD-Stand auf dem Herbstmarkt in Gemünden rege besucht. Und wie immer haben wir fleißig Crêpes und Waffeln verkauft und dazu interessante Gespräche geführt.



SPD Gemünden

BAHNHOF GEROLDSHAUSEN


Büro Rützel

Großer Bahnhof in Geroldshausen im Landkreis Würzburg beim Ortstermin des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages mit Mitgliedern des Bauausschusses des Bayerischen Landtages und den örtlichen Gemeindevertretern und Vertretern der Bahn um den DB-Konzernbevollmächtigten für Bayern, Christoph Kraller, sowie dem Staatlichen Bauamt. Bröckelnde, zu schmale und zu niedrige Bahnsteige und zusätzlich zwei beschrankte Bahnübergänge sind seit Jahren ein Problem. Jetzt drängt die Zeit besonders, denn mit dem Wechsel zu neuen Zügen ab 2032 droht Geroldshausen die Abkopplung vom Bahnverkehr. Eine Möglichkeit wäre, wenn zuerst die Außenbahnsteige an Gleis 1 und 3 verlängert und angehoben werden und damit barrierefreie Einstiege möglich sind. So wäre auch der Bahnhalt gesichert. Weitere notwendige Maßnahmen müssten verschoben werden, da die Stellwerke modernisiert werden müssten. Nun gilt es, die Finanzierung zu klären.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

SPATENBRÄU MÜNCHEN

Dieses Jahr ging es tatsächlich mal wieder für mich auf das Oktoberfest, aber nur, weil ich eh in München war. Dort war ich mit Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion bei der Spatenbräu. Sie ist eine der sechs Münchner Brauereien, die die Wiesn mit Bier versorgen. Ja, und wen trifft man da: einen Main-Spessarter - genauer einen Wömbicher. Maximilian Hübner aus Lohr-Wombach ist Braumeister der Löwenbräu, die zu Spaten gehört. Bei ihm konnten wir alles aus erster Hand über die Brau- und Produktionsabläufe erfragen und erfahren. Herzlichen Dank für den freundlichen Empfang und die vielen Informationen.





ABInBev

IN EICHENBÜHL



Büro Rützel

Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister von Eichenbühl, Mathias Krischke, zusammen mit Joachim Schmedding, Gemeinderat des SPD-OV Eichenbühl. Im Gespräch ging es um die ganze Bandbreite kommunaler Aufgaben: Von der Kanal- und Straßensanierung über Brandschutz bis zur Ortsentwicklung. Bei Mathias in besten Händen!

Danach ging es auf Einladung der SPD Main-Erf zum Bericht aus Berlin in die Gaststätte vor Ort. Über zwei Dutzend Interessierte hatten Lust auf Information und Diskussion: Von der Rente ging es über Pflege, Gesundheit und Arbeit zu vielen weiteren Debatten, die uns gerade in Berlin beschäftigen - immer wieder verbunden mit der Frage, warum Entscheidungen fallen wie sie fallen. Ein rundum gelungener Abend!



SPD Main-Erf

ICO OBERNBURG

Vor Ort am zweitgrößten Chemie-Standort Bayerns - im Industrie Center Obernburg (ICO), mit (im Bild von links): ICO-Geschäftsführer Dr. Johannes Huber, Personalleiterin Barbara Strasser, Stellv. BR-Vorsitzender Alexander Repp und BR-Vorsitzender Roland Berninger. Die Mainsite Group um Geschäftsführer Huber kümmert sich um Infrastruktur, Auslastung und permanente Weiterentwicklung des Standortes. Großes Thema – schon seit 5 Jahren – ist das Erweiterungsprojekt Süd-Ausbau. Es geht langsam, dafür aber stetig voran. Neuestes Projekt ist der übergangsweise komplette Umzug der Miltenberger Berufsschule ins ICO. Deren umfangreiche Sanierung ist der Grund. Gesprochen haben wir auch über die Ausbildungssituation: Aktuell gibt es 16 Azubis, vor 10 Jahren waren es noch doppelt so viele. Die Bereitschaft mehr auszubilden ist da - gerade im IT-Bereich werden Azubis gesucht. Besten Dank für den guten Austausch. Ich unterstütze gerne weiterhin bei allen Themen rund um das ICO.



Büro Rützel



BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE-GESPRÄCH

Regelmäßig tausche ich mich mit den Betriebs- und Personalräten aus der Region aus. Von Würzburg bis Aschaffenburg. Wir besprechen die aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt, was in den Betrieben los ist und diskutieren natürlich auch die allgemeine wirtschaftliche Lage. Meist digital und oft mit hochkarätigen Gästen, die zu bestimmten Themen Rede und Antwort stehen. Ende Oktober war es wieder soweit. Für mich sind diese Gespräche sehr wichtig. So erhalte ich für meine Arbeit im Arbeits- und Sozialausschuss Infos aus erster Hand. Und kann meinerseits Infos direkt an die Interessenvertreter vor Ort weitergeben. Wer künftig mit dabei sein will: einfach im Büro melden!

KLOSTERBRAUEREI SCHÖNAU

Ende Oktober durfte ich Dr. Lothar Ebbertz, dem Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerbundes, die “kleinste Klosterbrauerei Deutschlands” zeigen. Bruder Tobias Matheis braut im Kloster Schönau seit einigen Jahren Bier und lädt auch zu Bier-Wanderungen ein. In den ehrwürdigen Klostermauern trafen nun zwei versierte Bierkenner aufeinander. Und ich als interessierter Laie mittendrin.



Büro Rützel

SITZUNGSKALENDER 2027

Wann ich in Berlin bin



Mit Klick auf den Kalender geht es auf die Seite des Deutschen Bundestages mit einem PDF des Sitzungskalenders.

Jonas Dallner

GASTBEITRAG



Büro Martina Fehlner

VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Handydiebstahl, Körperverletzung, Fahrerflucht: Rund 540.000 Straftaten werden jedes Jahr in Bayern angezeigt. Das ist nicht wenig. Aber immerhin können über zwei Drittel davon aufgeklärt werden – mehr als in jedem anderen Bundesland. Die Kriminalitätsrate im Freistaat ist deutschlandweit die niedrigste. Auch die Zahl an Gewaltverbrechen und die Kinder- und Jugendkriminalität sind zuletzt leicht gesunken.

Dass wir in Bayern sicher leben können, verdanken wir nicht zuletzt der hervorragenden Arbeit der bayerischen Polizistinnen und Polizisten. Damit sie auch in der Zukunft ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen kann, braucht sie jedoch dringend genügend Personalstellen. Denn neue Herausforderungen kommen auf sie zu. So ist die Cyberkriminalität weiter auf dem Vormarsch: Allein im vergangenen Jahr wurden 50.000 Fälle angezeigt. Ein aktuelles Beispiel ist der Hackerangriff auf die Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Auch mit hybriden Bedrohungen wie Drohnenangriffe müssen wir künftig vermehrt rechnen. Wenn zur Besetzung des im Frühjahr eröffneten Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrums jedoch 40 Stellen aus dem Bestand der Landespolizei abgezogen werden, fehlt dieses Personal schmerzhaft an anderer Stelle.

Überhaupt wurden neue Stellen bislang nicht wie im von der Staatsregierung versprochenen Maße geschaffen. Das hat eine aktuelle Anfrage der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nun gezeigt. Im geltenden Koalitionsvertrag wurde die Schaffung von 2.000 zusätzlichen Polizeistellen bis Ende 2028 vereinbart. Bis Ende 2027 wurden aber lediglich 840 neue Stellen eingeplant. Für 2026 gilt ein Stellenmoratorium, das auch seitens der Polizeigewerkschaften heftig kritisiert wird. Um das angekündigte Stellenziel doch noch zu erreichen, müssten also allein 2028 noch 1.160 Stellen besetzt werden. Wie dies gelingen soll, ist völlig offen. Meine Fraktion hat das Innenministerium daher aufgefordert, einen verbindlichen Stellen- und Besetzungsplan vorzulegen.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf ein Leben in Sicherheit – auf Schutz vor Übergriffen auf offener Straße, vor häuslicher Gewalt und Stalking, vor Diebstahl ebenso wie vor Datenklau. Eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei ist die Voraussetzung, um dieses Sicherheitsversprechen halten zu können. Aber auch Polizistinnen und Polizisten müssen sich selbst wirksam vor zunehmenden Angriffen aus der Bevölkerung schützen können. Die standardmäßige Ausstattung von Polizeistreifen mit Tasern kann eine sinnvolle Maßnahme zum Eigenschutz sein – wenn auch unter strengen Vorgaben.

Für eine leistungsfähige und gut ausgestattete Polizei in Bayern setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch in Zukunft mit Nachdruck ein.

Herzlich,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de